



Universität Bayern e.V.
Bayerische Universitätenkonferenz

Mit Bayern an die Weltspitze

Die Bayerischen Universitäten
in der Legislaturperiode 2013 - 2018

Positionspapier der Universität Bayern e.V.
- Bayerische Universitätenkonferenz -

7. Oktober 2013

Die Bayerischen Universitäten haben bislang mit exzellenten Forschungsergebnissen, zahlreichen nationalen und internationalen Preisen sowie Drittmittelinwerbungen, Patenten und Ausgründungen eine allseits anerkannte Leistungsfähigkeit bewiesen. Die Herausforderungen des doppelten Abiturjahrgangs wurden, auch dank des hohen finanziellen Engagements des Freistaats Bayern und der Gewährung planerischer Sicherheit, von den Universitäten unter großem Einsatz ihres Personals auf allen Ebenen souverän gemeistert.

Die Bayerischen Universitäten wollen auch in der Zukunft verlässliche Partner der Politik sein. Sie sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für eine erstklassige Bildung junger Menschen bewusst. Differenzierte Qualifikationsangebote vor einem weiten Bildungshorizont sind das wichtigste Kapital, um den Herausforderungen der globalisierten Welt gerecht zu werden. Die Bayerische Wirtschaft kann auf hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen nicht verzichten. **Bayern muss in der Hochschulpolitik jetzt die Weichen richtig stellen**, um angesichts der langfristigen demografischen Verknappung als Bildungs- und Wissenschaftsstandort international wettbewerbsfähig zu bleiben, indem alle verfügbaren Talente gefördert und begabte Nachwuchsköpfe ins Land geholt werden.

Fünf Themenkomplexe erfordern die besondere Aufmerksamkeit der bayerischen Hochschulpolitik:

1. Internationalisierung der Bayerischen Universitäten
2. Investitionen in bauliche und technische Infrastruktur
3. Autonomie und Verantwortung
4. Innovationsförderung und Verbundstrukturen
5. Bayerische Hochschulpolitik im Bund

1. Internationalisierung der Bayerischen Universitäten

Bayern genießt national und international zwar einen sehr guten Ruf als Wissenschaftsstandort, der Wettbewerb, insbesondere in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen, verschärft sich aber dramatisch. Nachdem Bayern in der jüngsten Vergangenheit bereits hinter Baden-Württemberg zurückgefallen ist (vgl. Exzellenzinitiative, F&E-Investitionen), vergrößert sich ebenso der Abstand zu den maßgeblichen Forschungsregionen der Welt (z.B. USA-Ostküste/Westküste, Shanghai/Beijing, Greater Tokyo, Cambridge/Oxford). Neue Universitäten wie die Hongkong University of Science & Technology (gegr. 1991) stehen in ihrer Leistungskraft heute vor den besten deutschen Universitäten; gleiches gilt für die jahrzehntelang unbedeutenden Universitäten in Singapur (vgl. Shanghai-Ranking). Global findet also eine Art Aufholjagd statt, die auch den traditionell starken Wissenschaftsstandort Deutschland zurückfallen lässt. Diese Entwicklung wirkt sich unmittelbar auf die Wirtschaftskraft aus, wobei die kleinen und mittleren Unternehmen aufgrund ihrer geringen Standortmobilität stärker betroffen sind als multinationale Konzerne deutscher Herkunft (z.B. BASF, Evoki, Siemens, Wacker).

Die nachhaltig wirksamste Strategie, um diesem Trend entgegenzuwirken, liegt in der Internationalisierung der deutschen Universitäten. Hier hat Bayern als weltoffenes Bundesland besondere Chancen, wenn geeignete, von den Universitäten wiederholt geforderte Maßnahmen jetzt endlich beherzt umgesetzt werden. Die Universität Bayern e.V. sieht deshalb in der Internationalisierung die höchste Priorität für die kommende Legislaturperiode, und zwar auf allen Ebenen: Studierende, Doktoranden und Postdoktoranden, Professorenschaft und Emeriti, Alumni, Verwaltung.

Das erforderliche Maßnahmenpaket, das die Universität Bayern e.V. inhaltlich voll unterstützt, hat der Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung in seinen Empfehlungen vom Dezember 2010 überzeugend

dargelegt. In der politischen Realität wurden die Vorschläge nur fragmentarisch umgesetzt, weshalb die halbherzig getroffenen Maßnahmen weder sichtbar noch wirksam sind, dafür aber umso kleinteiliger. **Die Universitäten erwarten jetzt einen großen Wurf**, wie er auch im aktuellen Grundsatzpapier des CSU-Arbeitskreises Hochschule und Kultur aufscheint. Folgende Schlüsselmaßnahmen sind sofort zu ergreifen:

- a. Einführung eines international wettbewerbsfähigen Berufungs- und Karrierespektrums für Spitzenwissenschaftler. In seiner konsequenten Umsetzung bedarf dieses sog. Tenure-Track-System eines Pools für Professuren („Bayerische Zukunftsprofessuren“), an dem alle Universitäten wettbewerbsfähig teilhaben. Der Zukunftsrat empfiehlt 50 Professuren dieser Art – keine einzige ist bisher eingerichtet.
- b. Integration exzellenter Emeriti in die Agenda der Universitäten, um die „Spitzenkräfte im Ruhestand“ weiter für die Academia zu nutzen, wie dies international längst üblich ist.
- c. Bayerische Stipendienprogramme für die internationalen Doktoranden und Postdoktoranden, die das wissenschaftliche Umfeld in seiner ganzen Breite bereichern und damit auch die Gewinnung exzellenter Spitzenkräfte aus dem In- und Ausland fördern (Vorbilder: Cambridge/Oxford). Der Zukunftsrat hat vergeblich den „Bavarian Research Fund Top-500“ für 500 Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler vorgeschlagen.
- d. Verwendbarkeit staatlicher Mittel für Stipendien an Doktoranden und Postdoktoranden (Anpassung des Bayerischen Haushaltsgesetzes).
- e. Bayerisches Gastprofessorenprogramm für internationale Spitzenkräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie deren zeitlich befristete, aber vollständige Integration in den Lehrbetrieb der Universitäten einschließlich des Ausbaus von Kommunikationszentren wie Senior Common Rooms. (Vorbilder: alle internationalen Spitzenuniversitäten).

- f. Bayerisches Alumni-Programm zur Integration der Absolventen in die Universitätsfamilien. Erfolgreiches Fundraising basiert nach internationaler Erfahrung auf einer ausgeprägten Alumni-Kultur.
- g. Professionalisierung der Administration: Eine kompetente, schlanke und auf sachbezogene Partizipation basierende Governance ist die Grundvoraussetzung für effizient handlungsfähige Universitäten. Deutschlandweit fehlt hierzu das geeignete, geschulte Personal - auch in den Hochschulverwaltungen, deren Internationalisierungsgrad bisher weit hinter internationalen Standards zurück liegt. Mit einer „Akademie für Wissenschaftsadministration“ könnte Bayern das Thema besetzen und eine bundesweite Alleinstellung aufbauen.
- h. Internationalisierung des Lehrbetriebs: Bayern ist bisher wenig attraktiv für exzellente Studierende aus dem Ausland, die nach dem Studium unsere besten Botschafter in ihren Heimatländern sein könnten. Erforderlich sind kraftvolle Förderprogramme für englischsprachige Studiengänge, Recruiting und Welcome Centers mit umfassenden Dienstleistungsangeboten (u.a. Wohnungsvermittlung) und Marketing-Strategien zur Sichtbarmachung der Vorzüge bayerischer Universitäten.
- i. Internationalisierung der Hochschulzulassung: Die Universitäten müssen in eigener Entscheidung die Möglichkeit haben, neben dem bisherigen Verfahren ein zweistufiges Auswahlverfahren, wie es international üblich ist, als Regelfall nutzen zu können.
Das heißt: 1. Vorauswahl aufgrund schulischer Abschlussprüfungen (50%) und der persönlichen Vita (soziale und familienspezifische Aspekte, Berufsausbildung, Studienmotivation). 2. Auswahlgespräche zur genaueren Erkundung der Eignung für das gewählte Studienfach bei Bewerberinnen und Bewerbern, die in der Vorauswahl keine eindeutigen Zulassungs- oder Ablehnungsfälle sind.
- j. Der internationale Wettbewerb unter den Universitäten erfordert Fortführung und Ausbau forschungsintensiver Masterstudiengänge und international sichtbarer Elitestudiengänge.

- k. Karrieren müssen planbarer, der Hochschulzugang besonders für ausländische Studierende erleichtert und Laufbahnregelungen aufeinander abgestimmt werden. Die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung und Befristung von Mittelbaustellen müssen so ausgerichtet werden, dass eine Universitätskarriere für Leistungsträger sowohl finanziell als auch für die private Lebensplanung attraktiv wird.
- l. Der Wissenschaftsbetrieb muss entbürokratisiert werden. Die zunehmend praktizierte Vermischung von organisatorischen und wissenschaftlichen Aufgaben bringt die Universitäten im internationalen Vergleich ins Hintertreffen. Sie entzieht wissenschaftlich ausgebildete Kräfte dem Forschungs- und Lehrbetrieb, wodurch stringente Wissenschaftskarrieren behindert werden.

2. Investitionen in bauliche und technische Infrastruktur

Um zur Handlungs- und Leistungsfähigkeit internationaler Spitzenuniversitäten aufzuschließen, sind **umfangreiche Investitionen in die bauliche, apparative und informationstechnische Infrastruktur** der Bayerischen Universitäten überfällig:

- a. Dazu ist ein zügiger Abbau des Investitionsstaus mit einem Finanzierungsbedarf in Milliardenhöhe für die Sanierung der Gebäude und deren Ausstattung sowie der Datennetze essentiell.
- b. Die seit Jahren auch nicht ansatzweise ausreichenden Bauunterhaltungsmittel sind mindestens zu verdreifachen, Neubauten solide durchzufinanzieren.
- c. Die Bewirtschaftungskosten sind an die realen Kosten und die Flächenmehrung anzupassen.
- d. Die Universitäten brauchen ein flexibles Immobilienmanagement, um auf kurz- und mittelfristige räumliche Anforderungen angemessen

reagieren zu können. Die "Immobilien Freistaat Bayern" muss wissenschaftsadäquat handlungsfähig werden.

3. Autonomie und Verantwortung

Der Freistaat Bayern hat seinen Universitäten in den vergangenen Jahren einen Zuwachs an Autonomie gewährt. Sie haben dieses Vertrauen zum Wohl des Freistaats genutzt. Dieser gemeinsame Weg hat sich bewährt und muss weiter ausgebaut werden.

Die Freiheit von Forschung und Lehre (§ 5 Abs. 3 GG) verbietet politische Denkvorgaben und bürokratiesteigernde Detailsteuerung. Die Geschichte zeigt, dass Fortschritt und Innovation nur dort gedeihen, wo die intellektuelle Kreativität freien Lauf hat. Daher sehen die Universitäten in der Einrichtung eines Beirats für Hochschulen und Wissenschaft oder einer steuernden sog. Bayerischen Wissenschaftskommission keinerlei Vorteile. Mit der Einrichtung einer derartigen Kommission würden Gestaltung und Kontrolle in der Hand ein und desselben Gremiums liegen, was international auf Unverständnis stoßen, die Universitäten im nationalen Wettbewerb benachteiligen, innerhalb der Universitäten die akademische Selbstverantwortung schwächen und eine weitere bürokratische Hürde aufbauen würde. Effiziente Steuerung ist im akademischen Betrieb nach aller Erfahrung nur möglich, wo - in wohlverstandener Subsidiarität - die Leitentscheidungen nahe an der Basis getroffen werden.

Verantwortung und Kontrolle dürfen nicht aus falschem Verständnis universitärer Prozesse heraus zu einem ideologisch motivierten Zugriff auf die autonome Steuerung von Universitäten missbraucht werden. Universitäten funktionieren nicht als nachgeordnete Behörden, sondern nur als handlungsfähige Wissenschaftsunternehmen in der Freiheit ihrer Wissenschaft.

Die Wahrnehmung von Verantwortung und Kontrolle obliegt auch in Zukunft ausschließlich dem Bayerischen Landtag und der Bayerischen Staatsregierung. Die Universitäten unterstützen diese in jeglicher Weise.

Konkret bedeutet die notwendige Stärkung der Autonomie:

- a. Die Übertragung des Berufungsrechts auf die Universitäten hat sich bewährt und muss der Regelfall werden. Die Universitäten sind bereit, die Verantwortung für die Bestenauslese unter den Bewerberinnen und Bewerbern in vollem Umfang zu übernehmen und sehen sich nach den Anfangserfolgen nun in der Pflicht, die Berufungsverfahren nochmals zu beschleunigen. Die verstärkte Berufung von Professorinnen gelingt am besten, wenn die Universitätsspitze über das Berufungsrecht unmittelbar in den Prozess eingreifen kann.
- b. Die Bayerischen Universitäten erwarten eine ausreichende, werthaltige und effiziente Hochschulfinanzierung mit flexiblen Haushaltskompetenzen und einer transparenten Rechenschaftslegung. Die Universitäten sind bereit, die Verantwortung für eine zukunftsgerichtete Mittelverwendung im Sinne der Ausbauziele zu übernehmen.
- c. Die Bayerischen Universitäten sind sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst. Sie werden gemeinsam mit Politik und Gesellschaft Maßnahmen zur Diversität und Inklusion vorantreiben. Sie werden gemeinsam mit der Politik familienfreundliche Einrichtungen an den Universitäten ausbauen und für die zunehmend heterogene Studierendenschaft maßgeschneiderte Studienangebote entwickeln (z.B. Teilzeitstudium) und die Studienförderung flexibilisieren.

4. Innovationsförderung und Verbundstrukturen

Will der Freistaat Bayern bei den Wirtschafts- und Universitätskooperationen eine nationale Spitzenstellung erreichen, müssen **neue Wege der Innovationsförderung** beschritten werden:

- a. Industry-on-Campus-Modelle, die strategische und längerfristige Forschungsk Kooperationen vor Ort an den Universitäten beflügeln, müssen initiiert werden; Nordrhein-Westfalen eilt hier Bayern mit großen Schritten voraus (z.B. Region Aachen-Jülich).
- b. Die bisherige Konzentration der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Ballungsräumen ist durch entsprechende Institutionen in allen Regionen Bayerns zu ergänzen. Regionale Forschungs- und Lehrverbände sind nachhaltig zu finanzieren. Damit leisten die Universitäten auch einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau der regionalen Arbeitsmärkte.
- c. Alle innovationsfördernden Kräfte am Standort Bayern gehören gebündelt und vernetzt. Dies treibt Wissenschaft und Wirtschaft voran, motiviert Hochschulpersonal für unternehmerische Aktivitäten (insb. Firmengründungen) und führt vermehrt zu Patentanmeldungen und Erfolgen bei EU-Forschungsprogrammen.

5. Bayerische Hochschulpolitik im Bund

Die Bayerische Staatsregierung muss sich in der kommenden Legislaturperiode **mit Nachdruck im Bund dafür einsetzen, dass die Stärken der bayerischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft zum Tragen kommen**. Das betrifft insbesondere:

- a. Revision des Artikels 91b GG zur Aufhebung des Kooperationsverbots sowie Öffnung des Handlungsspielraums für Hochschulen im Sinne des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes.

- b. Signifikante Erhöhung der Programmpauschale (Overhead) bei allen Bund-Länder-finanzierten Forschungsprojekten, orientiert an den internationalen Gepflogenheiten (40% Mindestwert, d.h. Verdoppelung).
- c. Förderung starker interdisziplinärer Forschungszentren als Fortsetzung der erfolgreichen Cluster-Konzepte der Exzellenzinitiative und der bayerischen Cluster-Initiative. Diese sog. Integrativen Forschungszentren ebnen den Weg zur allfälligen Weiterentwicklung der eindimensionalen Gliederung der deutschen Universität mit ihren rein fachbezogenen Fakultäten hin zur Matrixstruktur, um langfristige Forschungsschwerpunkte zur Profilbildung zu nutzen.

Für die Bayerischen Universitäten

Prof. Dr. Sabine Doering-Manteuffel

Vorsitzende der Universität Bayern e.V. - Bayerische Universitätenkonferenz

Präsidentin der Universität Augsburg